

# Frau überfährt ihren Stalker – nun droht ihr der Landesverweis

**Liebesbeziehung endet vor Gericht** Eine langjährige, aber alles andere als gewöhnliche Beziehung beschäftigt das Baselbieter Strafgericht.

Alexander Müller

Manche Ereignisse erscheinen auf den ersten Blick einfach zu beurteilen. So ein Fall ist das Beziehungsdrama, das am Mittwoch im Baselbieter Strafgericht für viele Emotionen im Saal sorgte.

Eigentlich wäre die Geschichte schnell erzählt: Ein Paar hatte während neun Jahren eine Beziehung, die mal inniger, mal weniger harmonisch war. Am Ende wollte sich die Kosovarin von ihrem Partner trennen, was er nicht akzeptieren konnte. Er bombardierte sie mit unzähligen Nachrichten auf diversen sozialen Medien, rief sie immer wieder an und lauerte ihr auf. Wo die heute 41-jährige Frau jeweils war, wusste er stets ganz genau, weil er einen GPS-Tracker unter ihrem Auto befestigt hatte.

Den Tief- und Schlusspunkt erlebt die Beziehung im Sommer 2018 in einem Parkhaus in Münchenstein. Dort hat der damals 33-jährige Mazedonier auf seine Ex-Freundin gewartet. Er will reden, sie nicht. Es kommt zum Streit, er verfolgt das Auto der Frau über drei Parkhausgeschosse hinweg, sie gerät in Panik. Am Ende gibt sie Gas und erfasst ihn mit ihrem BMW. Der Mann zieht sich dabei einen Kreuzbandriss und Verletzungen des Sprunggelenks zu. Die Staatsanwaltschaft erhebt doppelt Anklage: gegen sie wegen schwerer Körperverletzung und gegen ihn wegen mehrfacher Nötigung und Drohungen.

Wie so häufig, wenn ein solcher Fall vor Gericht verhandelt

wird, bleiben auch diesmal einige Fragen offen nachdem alles gesagt wurde, was gesagt werden wollte. Zumindest wenn man Severin Bellwald glaubt, dem Strafverteidiger des Angeklagten. Er hielt ein furioses Plädoyer, in dem er in Zweifel zog, dass die Beziehung wirklich bereits vor dem Unfall im Parkhaus endgültig zerrüttet war. Denn das Paar führte eine ziemlich ungewöhnliche Beziehung. «Normal» schien es nicht zu geben, dagegen jedoch viele extreme Höhen und extreme Tiefen. Temperament traf auf Temperament.

**Staatsanwältin fassungslos**

Das Paar hatte sich in den neun Jahren Beziehung viele Male getrennt – und viele Male wieder versöhnt. Selbst dass der Mazedonier eine andere Frau geheiratet und mit ihr zwei Kinder gezeugt hatte, konnte der On-Off-Beziehung dauerhaft nichts anhaben. Bellwald wies darauf hin, dass mehrmals die Initiative zu einer Neuauflage der Beziehung von der Frau ausging – genauso wie die Trennungen davor. Und dass sie ihn so leidenschaftlich zum Teufel wünschte, wie sie ihm später ebenso überschwänglich wieder die Liebe bekundete. Der Beschuldigte habe somit aus Erfahrung damit rechnen können, dass sich der Streit früher oder später wieder regeln lassen würde, so wie all die Male zuvor.

So zumindest argumentierte der Verteidiger, der auch kritisierte, dass laut Anklageschrift die Kosovarin «aus Panik» Gas



Über mehrere Wochen hinweg wurde das Stalking-Opfer von einem Ex-Partner verfolgt. Symbolfoto: Daniel Desborough

gegeben habe. «Warum steht in der Anklageschrift nicht, dass mein Klient nur aus Verzweiflung jeweils versucht hat, mit seiner Ex-Partnerin zu reden», sagte Bellwald und forderte einen Freispruch für ihn. Die Fassungslosigkeit über diese Argumentation war Staatsanwältin Silvia Schweizer selbst unter der Covid-Maske deutlich anzusehen.

In der Verhandlung machte die Kosovarin zur Sache die wesentlich glaubhafteren Aussagen als der Mazedonier. Unter Tränen

erzählte die dreifache Mutter von ihrer Angst, die sie über Wochen begleitet habe. Sie habe sich mitunter nicht mehr aus dem Haus getraut und sich auf dem Arbeitsweg von ihren Kindern oder einer Kollegin begleiten lassen.

**Von allen Seiten kritisiert**

Der Beschuldigte verstrickte sich vor Gericht in einige Widersprüche und beharrte emotionslos darauf, stets nur mit ihr «vernünftig reden» gewollt zu haben. Sein Verhalten gegenüber der Frau in den

Monaten vor dem Unfall wurde im Gerichtssaal von allen Seiten scharf kritisiert: von Gerichtspräsidentin Monika Roth, von der Staatsanwältin und sogar von dessen eigenem Verteidiger. Die Besonderheiten des Schweizer Strafrechts führen dazu, dass dem mutmasslichen Stalking-Opfer die empfindlichere Strafe droht: Bei einer Verurteilung wegen schwerer Körperverletzung muss das Gericht obligatorisch einen Landesverweis aussprechen. Für die gut integrierte Kosovarin, die

allerdings vorbestraft und hoch verschuldet ist, wäre das eine Katastrophe, wie sie zu Protokoll gab. Staatsanwältin Schweizer plädierte auf die Anwendung der Härtefallregel. Sie beantragte für die Frau eine bedingte Haftstrafe von 8 Monaten und für den Mann 14 Monate, ebenfalls bedingt. Bei ihm verzichtete sie darauf, eine Landesverweisung zu beantragen, die bei einer Verurteilung fakultativ möglich wäre.

Das Urteil wird heute eröffnet.

## «Gemeindepräsidentin sollte Konsequenzen ziehen»

**Abstimmungsdebakel in Füllinsdorf** Das Referendumskomitee fordert nach dem wuchtigen Nein zum Neubau der Schulanlage Schönthal einen politischen Neuanfang in der Gemeinde.

Von der wuchtigen Ablehnung des 21,5-Millionen-Franken-Kredits für eine neue Schulanlage Schönthal hatte nicht einmal das Referendumskomitee zu träumen gewagt. «1170 gegen 412 Stimmen, 74 Prozent Nein-Stimmen nachdem der Gemeinderat eine halbe Million für die Planung ausgegeben hat – das ist eine schallende Ohrfeige für die Behörde», erklärt der Präsident des Referendumskomitees, Christoph Keigel.

Die Behörden wollten mit Unterstützung eines Pro-Komitees, das aus auffallend vielen Dorfvereinsmitgliedern zusammengesetzt war, die Primarschule im Talgrund beim Flüsschen Ergolz konzentrieren und eine Mehrzweckhalle für 600 Personen bauen. Dabei sollte der Schulhausstandort im Dorfkern aufgegeben und der Sanierung und dem Neubau im Tal geopfert werden.

**Pro-Komitee ist überrascht**

Der Abstimmungskampf artete nach Neujahr aus. Die Gemeinde untersagte den Gegnern aus heiterem Himmel eine Platzierung von Inseraten im Mitteilungsblättchen und griff redaktionell in die vom Referendumskomitee verfassten Inhalte ein. Projektgegner wie der frühere Präsident

der FDP Füllinsdorf, Dominique Beurret, fühlten sich benachteiligt und legten eine Beschwerde ein. Der Ortschaftspfleger und Sekundarlehrer Sascha Thommen demissionierte, weil das Raumprogramm nicht den Bedürfnissen der Schule entsprochen habe, dies aber nicht habe kommuniziert werden dürfen.

Nach dem Abstimmungsontag ist man auch im Pro-Komitee überrascht, «mit welcher Deut-

lichkeit das Schulhausprojekt an der Urne verworfen wurde», wie Alt-Gemeinderat Fritz Hartmann einräumt. Der Wortführer des Unterstützungskomitees, Adrian Thommen, ortet «Angst vor den finanziellen Konsequenzen in der Corona-Zeit» als Hauptgrund für die Absage der Bevölkerung an das Grossprojekt. Im Endausbau, inklusive Sanierung der bestehenden Schulgebäude im Schönthal, hätte die Bevölkerung für

das Projekt rund 28 Millionen Franken aufwerfen müssen.

Christoph Keigel führt weitere Punkte auf, die zum Referendumssieg verholten haben: Die Schule brauche schon jetzt mehr Schulräume und nicht erst in einer zweiten Ausbaustufe. Die Preisgabe des zweiten Schulstandorts im Dorfkern sei demokratisch nie legitimiert gewesen. Ferner benötige Füllinsdorf nicht eine derart grosse Mehrzweckhalle. Darüber hinaus hätten die Gemeindebehörden mit Zensurallüren in den Abstimmungskampf eingegriffen. Sie hätten zum einen wichtige Informationen wie die Änderungen im Finanzplan und die Zustandsanalyse der Schulhausbauten zurückgehalten, und zum anderen die Publikation von bezahlten Inseraten untersagt sowie deren Inhalt mitbestimmt.

Durch das Verhalten des Gemeinderats umgestimmt worden ist jedenfalls Alt-Landrat Christoph Häring, der als Gemeindevorstandskommissionsmitglied das Projekt noch unterstützt hatte. «Eine solche Zensur ist unverzeihlich, das hat mich hellhörig gemacht.» Zunehmend Unbehagen bekundete er, als er sich intensiver mit den Finanzen auseinandersetzte. Der Inhaber des Holzbauunter-

nehmens erstellte nämlich in Liestal zwölf Schulräume für rund 3,35 Millionen Franken. «Füllinsdorf muss über die Bücher gehen, das Projekt redimensionieren und den finanziellen Möglichkeiten anpassen», sagt Häring und nennt dies «design to cost». Er wolle in der Gemeindekommission diesbezüglich aktiv werden, verspricht er.

**Lösungen gefordert**

Wenig sagt Gemeindepräsidentin Cathrine Müller (FDP) zur Abstimmungsniederlage und zu den Zensurvorfällen. Der Gemeinderat werde die Vertreter des Referendumskomitees einladen: «Ich bin sehr gespannt auf die Lösungen, die weniger kosten und auch noch mehr bringen – was mir als Finanzchefin nur recht sein kann.» Sie werde die Ideen dann prüfen.

Der Unterton in dieser Antwort gefällt Christoph Keigel nicht: «Wir bringen schon Lösungen, aber dann gestalten wir mit», sagt er. Umgehend könne man mit der Sanierung des bestehenden Schulhauses Schönthal beginnen, womit der Schule wohl am meisten gedient sei. Die Preisgabe des Standorts im Dorfkern sei vermutlich im Dorf nicht mehrheits-

fähig, glaubt er. Keigel kritisiert auch, dass der Gemeinderat drei Jahre lang gegen die Bevölkerung gearbeitet und nur Partikularinteressen bedient habe. «Es braucht jetzt einen politischen Neuanfang. Die Gemeindepräsidentin sollte sich sehr wohl die Frage stellen, ob sie nach allem, was vorgefallen ist, nicht Konsequenzen ziehen und ihr Amt zur Verfügung stellen müsste.»

In den Knochen sitzt Keigel vor allem das Zensurgehabe der Gemeindebehörden und wie der Einwohner und Immobilienfachmann Beurret mit einem Inseratenverbot belegt wurde. Beurret reichte bei der Landeskantonalen Beschwerde ein. «Seine Beschwerde ist erfolglos und abgelehnt worden», kontert Gemeindepräsidentin Müller so siegesgewiss wie faktenfrei. Denn auf Nachfrage erklärt die Landeskantonalen: «Bei dieser Beschwerde wird zurzeit geprüft, ob nach der erfolgten Abstimmung weiterhin ein Rechtsschutzinteresse besteht. Sobald alle Abklärungen getätigt sind, wird die Beschwerde dem Regierungsrat zum Entscheiden vorgelegt werden.» Die Antwort steht also noch aus.

Daniel Wahl



Das alte Dorfschulhaus im Dorfkern. Foto: Daniel Wahl